UKRAINE-Konflikt.

Unbeliebte Wahrheiten.

Ursachen, Hintergründe - objektiv, unabhängig und populär-wissenschaftlich erklärt.

Mansfeld-Südharz

Robert **FARLE**, MdB

Leitfaden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits während der Corona-Pandemie und zuvor während der Massenzuwanderungswelle 2015, machen die Mainstream-Medien in der Frage des Ukraine-Konflikts mit der etablierten Politik gemeinsame Sache.

Die Botschaft, die dem Volk vermittelt werden soll, lautet: Der gewissenlose russische Diktator und Kriegsverbrecher Wladimir Putin hat aus heiterem Himmel und völlig grundlos das friedliebende, demokratische Nachbarland Ukraine brutal überfallen. Auf der anderen Seite führt die Ukraine unter der Führung des mutigen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj einen heldenhaften Abwehrkampf zur Verteidigung „unserer westlichen Werte“, Demokratie und Freiheit gegen die russische Barbarei.

Kurz gesagt: Der Ukraine-Konflikt ist ein Kampf Gut gegen Böse. Aber glücklicherweise stünden wir Deutschen diesmal auf der Seite der Guten.

Wäre dies ein Drehbuch für einen Hollywood-Film, würden es viele Zuschauer für unglaubwürdig halten. Wie so oft liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte.

Dennoch hat die Bundesregierung auf dieser Grundlage sechs Sanktionspakete umgesetzt, deren selbstmörderische Auswirkungen Deutschland aktuell erst ansatzweise zu spüren bekommt.

Der russische Einmarsch wurde sofort per Sprachregelung als „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“ tituliert. Gibt es völkerrechtskonforme Angriffskriege überhaupt, oder ist das nur der Fall, wenn die USA ein Land angreifen?

Diese und andere Fragen sollen in dieser Informationsbroschüre in kurzer und prägnanter Form beantwortet werden. Diese Broschüre legt den Fokus auf jene Fakten, die von Politik und Medien gerne verschwiegen werden, aber ohne die die Geschehnisse in der Ukraine nicht verstanden werden können.

Ihr Robert Farle

Robert Farle
Mitglied des Deutschen Bundestages

Themen und Inhalte.

- Wissenswertes über die Ukraine.
  Seite 4
- Ursachen des Ukraine-Konfliktes.
  Seite 5
- Kriegsursache NATO-Osterweiterung?
  Seite 6 - 7
- Die Orangene Revolution 2004.
  Seite 8 - 9
- Wendepunkt im Machtpoker um die Ukraine.
  Seite 10 - 11
- Euromaidan-Putsch 2014.
  Seite 12
- Regierungsumsturz mündet in Bürgerkrieg.
  Seite 13
- Kiews Krieg gegen den Donbass.
  Seite 14
- Eskalationsspirale führt zum Krieg.
  Seite 15
- Kampf um westliche Werte?
  Seite 16
- Ist das wirklich Putins Krieg?
  Seite 17
- Hier stehen Ihre Notizen.
  Seite 18
- Meine social-media Profile.
  Seite 19

Wissenswertes über die Ukraine.

Das Wort Ukraine bedeutet übersetzt „Grenzland“. Bis zur Oktoberrevolution 1917 nannte man das Gebiet der Ukraine „Malorossija“, was übersetzt “Kleinrussland“ bedeutet.

Nach der Machtübernahme der Bolschewisten wurde 1919 die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen, die die Bezeichnung Kleinrussland ersetzte. Die östlichen Gebiete um Donezk und Lugansk werden in der Kurzform auch als Donbass bezeichnet und wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Teil der Ukraine.

Bei der Ukraine handelt es sich um eine Art Vielvölkerstaat mit einer sehr jungen Geschichte. Eine schwere Hypothek - Vielvölkerstaaten scheitern in aller Regel an ihren inneren Widersprüchen.

Die Konflikte eines Vielvölkerstaates.

Etwa zwanzig Prozent der ukrainischen Bevölkerung, was rund acht Millionen Menschen entspricht, sind ethnische Russen, die seit Jahrhunderten (überwiegend) in der Ostukraine beheimatet sind. Wer das ignoriert, kann auch nicht verstehen, weshalb der russische Einmarsch in der Ostukraine mit Feuerwerk gefeiert wurde, während die Westukrainer zu den Waffen griffen.

Wenn in den Mainstream-Medien, also von „den Ukrainern“ gesprochen wird, geht das an den realen Gegebenheiten schlicht vorbei. In Wahrheit ist das Land tief und teils unversöhnlich gespalten.

Ursachen des Ukraine-Konfliktes.

Der Ukraine-Konflikt wird im Wesentlichen durch zwei Aspekte bestimmt.
Erstens sind das ethnische, innerstaatliche Konflikte, und zweitens geht es um knallharte Machtinteressen zwischen den USA und Russland, die sich aus der geografischen Lage der Ukraine heraus ergeben.

Die Ukraine im Fokus der Geopolitik.

Die Ukraine ist aus geopolitischer Sicht von zentraler Bedeutung. Es ist das unbestrittene Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik, dauerhaft zur bestimmenden Macht auf dem eurasischen Kontinent zu werden. Mit der Einbindung der Ukraine in die NATO würden die USA dieses Ziel erreichen. Doch dazu muss Russland isoliert und immer weiter zurückgedrängt werden. Ohne die Ukraine wird Russland strategisch aufgrund der geografischen Gegebenheiten in die Defensive gedrängt. Russland würde den strategisch wichtigen Militärstützpunkt auf der Krim verlieren, wo die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist, und zu dem es keine brauchbare Alternative gibt.

> **Die USA sehen in der Ukraine das Einfallstor, um Russland von Grund auf umzukrempeln und in das westliche Machtgefüge zu integrieren. Die Transformation Russlands ist das erklärte Ziel der US-Geostrategen.**

Russland nimmt logischerweise und aus purem Selbstschutz die gegensätzliche Haltung ein. Für die russische Staatsführung ist völlig klar, dass das Schicksal Russlands mit der Ukraine untrennbar verbunden ist.

Die USA haben die Annährung Russlands an die Europäische Union in den letzten zwanzig Jahren konsequent verhindert. Das Ziel war, ein eurasisches Bündnis ohne die USA unmöglich zu machen.

Doch auch wirtschaftliche Interessen spielen eine Rolle. In der Ukraine gibt es nicht nur riesige Vorkommen von Gas und Öl, sondern auch Vanadium, Titan, Palladium, Lithium in großen Mengen. Dazu kommt die hohe Bodenqualität, weshalb die Ukraine auch als Kornkammer Europas bezeichnet wird.

Kriegsursache NATO - Osterweiterung?

Während der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung garantierten die USA für den russischen Abzug aus Deutschland, dass sich die NATO nicht „einen Inch“ weiter nach Osten ausdehnen würde. Doch kaum haben die Russen ihren Teil der Abmachung erfüllt, brachen die USA ihr Versprechen und begannen mit den Vorbereitungen zur NATO-Expansion nach Osteuropa. Die USA erkannten, wie wichtig die NATO-Osterweiterung zur Durchsetzung ihrer machtpolitischen Ziele in Europa sind - und brachen deshalb ihr Versprechen.

Dazu schrieb Zbigniew Brzeziński in seinem 1997 erschienenen Buch *„Die einzige Weltmacht“*, die auch als Blaupause für die NATO-Osterweiterung diente:

Zbigniew Brzeziński, US-Geostratege und einer der bedeutendsten Berater der US Außenpolitik

> *„Ein neues Europa nimmt bereits Gestalt an, und wenn dieses neue Europa geopolitisch ein Teil des „euroatlantischen“ Raums bleiben soll, ist die Erweiterung der NATO von entscheidender Bedeutung. Sollte die von den Vereinigten Staaten in die Wege geleitete NATO-Erweiterung ins Stocken geraten, wäre das, das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Eurasien.*
>
> *Ein solches Scheitern würde die amerikanische Führungsrolle diskreditieren, es würde den Plan eines expandierenden Europa zu nichtemachen, die Mitteleuropäer demoralisieren und möglicherweise die gegenwärtig schlummernden oder verkümmernden geopolitischen Gelüste Russlands in Mitteleuropa neu entzünden.“*

Bill Clinton brachte die NATO-Osterweiterung 1996 auf den Weg. Dann folgten zwei Wellen der NATO-Osterweiterung. 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

Putin nahm die 2004 erfolgten NATO-Beitritte Bulgariens, Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens zähneknirschend hin, aber nicht den Beitritt eines an Russland direkt angrenzenden Landes wie die Ukraine - aus den zuvor genannten Gründen.

Im Vorfeld der beiden Osterweiterungswellen 1999 und 2004 betonten die Regierungen Kohl und Schröder zunächst die Bedeutung russischer Interessen. Unter amerikanischem Druck stimmten sie dann allerdings doch zu.

Mit seinem Gastauftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 warb Putin ein letztes Mal für eine friedliche Koexistenz zwischen dem Westen und Russland und für eine gerechte Weltordnung unter gleichgestellten Partnern.

Erst im Jahr 2008, als die Ukraine und Georgien aus Sicht der USA reif für den NATO-Beitritt waren, weigerten sich Deutschland und Frankreich, dem Beitritt zuzustimmen.

Angela Merkel rechtfertigte ihre damalige Entscheidung bei einem Auftritt in der Berliner Volksbühne im Juni 2022 übrigens damit, dass Russland die weitere NATO-Osterweiterung als offene Kriegserklärung aufgefasst hätte.

> **Hätte die NATO von ihren Plänen abgesehen, die Ukraine in die NATO aufnehmen zu wollen, um im Anschluss Raketen an Russlands Grenzen aufstellen zu können, wäre es vermutlich zur jetzigen Auseinandersetzung nie gekommen.**

Wenn sich die NATO immer näher an die russische Grenze herantastet, kann das von Russland nur als Aggression interpretiert werden. Wenn Russland daher auf eine Pufferzone pocht, ist das durchaus ein berechtigtes Sicherheitsinteresse.

Die „Organgene Revolution“.

Zur Vorgeschichte.

Der 2002 zum ukrainischen Ministerpräsidenten gewählte Wiktor Janukowytsch vollzog eine schrittweise Annäherung an Russland und ratifizierte im Jahr 2004 ein Rahmenabkommen für einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan. Dies führte neben dem Streit um die Durchleitungsrechte für Öl und Gas nach Zentraleuropa, welche die Janukowytsch-Regierung für 15 Jahre alleinig den Russen vertraglich zugesichert hatte, zu einem Zerwürfnis mit den USA. Das war der Tiefpunkt der amerikanisch-ukrainischen Beziehungen.

Wiktor Janukowytsch

Der 1. Putsch - Präsidentschaftswahlen 2004.

Nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten im Jahr 2004 kandierte Wiktor Janukowytsch im selben Jahr für das Amt des Staatspräsidenten gegen den prowestlichen Gegenkandidaten Wiktor Juschtschenko.

Als die offiziellen Wahlergebnisse den prorussischen Kandidaten Janukowytsch zum Sieger erklärten, begann eine vom Westen gesteuerte Protestwelle Kiewer Maidan-Platz – die sogenannte „Orangene Revolution“.

Diese Protestbewegung folgte dem Muster der Farbenrevolutionen, die mit Geldern aus dem Westen finanziert wurden. Unter anderem von der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem US-Außenministerium oder vom Milliardär George Soros. Die USA investierten knapp 200 Millionen Dollar in den Wahlkampf – für Massenproteste und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Rahmen der sogenannten Demokratieförderprogramme, deren eigentliche Aufgabe es ist, US-amerikanische Interessen weltweit durchzusetzen.

Im Ergebnis dieser vom Ausland gesteuerten Proteste wurde eine Neuwahl angesetzt, bei der der Wunschkandidat der USA, Wiktor Juschtschenko, in der Stichwahl mit einer knappen Mehrheit als Gewinner hervorging.

Der in Deutschland lebende ukrainische Politikwissenschaftler Illya Kozyrev schrieb dazu, dass die sogenannte orangene Revolution „eine Inszenierung der USA gewesen sei, die das Ziel verfolgte, einen Politiker, der in deren Konzept passt, in der Ukraine die Macht zu bringen.“

> *"Der wahre Grund für die Einmischung der Amerikaner in die osteuro päischen Länder ist nicht die Demokratisierung Osteuropas, sondern eine Fortsetzung der Auseinandersetzung mit Russland. Diese Ausei nandersetzung wird im 21. Jahrhundert nicht mehr mit Streitkräften und Waffen oder als "kalter Krieg" ausgetragen, sondern als ein Kampf der Medien und ein Kampf der Polittechnologen."*
> Illya Kozyrev

Kaum war der Wunschkandidat der USA Juschtschenko im Präsidentenamt, bot er den USA eine strategische Partnerschaft mit dem Ziel des NATO-Beitritts an. Für Putin war das eine schmerzliche außenpolitische Niederlage. Danach war es mit dem Wunsch der Integration Russlands in den transatlantischen Raum vorbei. Russland äußerte seitdem nicht mehr den Wunsch, perspektivisch selbst NATO- oder EU-Mitglied zu werden.

Zu Beginn der seiner Regentschaft war Putin dem Westen sehr zugeneigt. Immer wieder machte er insbesondere Deutschland Angebote zur vertieften Zusammenarbeit. Putins Weltsicht änderte sich dahingehend, dass er nun davon ausgehen musste, dass die USA die Entmachtung Russlands zum Ziel haben.

Keine friedliche Koexistenz erwünscht.

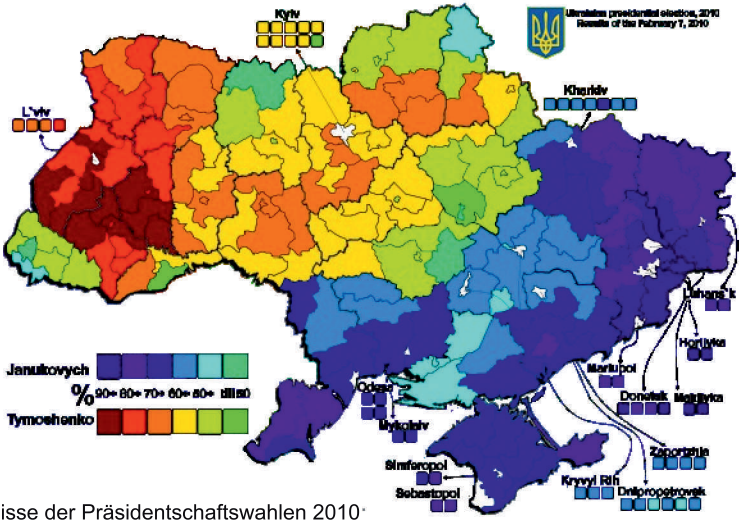
In den Folgejahren verhärteten sich die Fronten zusehends: 2008 erklärte Russland der NATO ihre roten Linien und drohte indirekt mit einem Militärschlag, falls die Ukraine der NATO beitreten sollte. Seitdem wurde Putin von den westlichen Medien und Politikern zum Feindbild hochstilisiert und Russland konsequent als Autokratie niedergeschrieben.

Wendepunkt im Machtpoker.

Nach dem gescheiterten NATO-Beitritt im Jahr 2008 kam die von Präsident Juschtschenko vorangetriebene West-Integration der Ukraine ins Stocken. Die Finanzkrise trug dazu bei, dass die Westmächte ihr Augenmerk verstärkt auf innenpolitische Themen richteten und ihr Engagement im Ausland zurückfuhren.

Die Wahlen 2019 - der Putsch-Präsident wird zum Teufel gejagt.

Der vorläufige Wendepunkt im Machtpoker um die Ukraine kam im Jahr 2010, als der im Jahr 2004 von den USA verhinderte Wiktor Janukowytsch zum neuen Präsidenten gewählt wurde. In der Stichwahl setzte sich Janukowytsch knapp gegen die prowestliche Kandidatin Tymoschenko durch. Der vermeintliche Held der „Orangenen Revolution“ und der Wunschkandidat der USA, Wiktor Juschtschenko, erzielte gerade einmal 5 Prozent der Stimmen und schied im ersten Wahlgang aus.



Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2010

Die Wahlergebnisse des Jahres 2010 zeigen die innere Spaltung der Ukraine in West und Ost. Die Ostukrainer wählten in übergroßer Mehrheit den eher prorussischen Kandidaten Janukowytsch (blau), während die Westukrainer in schwächerer Ausprägung mehrheitlich für die erklärte Russland-Hasserin Tymoschenko (rot) votierten.

Der neue Präsident Janukowytsch hat seit seinem verhinderten Sieg im Jahr 2004 dazugelernt. Er erkannte die geo- und demografische Situation seines Landes und verfolgte deshalb nun eine Politik der Neutralität. Er wollte die Ukraine als Brückenkopf zwischen beiden Machtblöcken entwickeln. Dementsprechend versuchte er, nach West und Ost gute Beziehungen aufzubauen.

Eine neutrale Ukraine? Für den Westen inakzeptabel.

Die von seinem prowestlichen Amtsvorgänger angeleierten Verhandlungen über den Beitritt der Ukraine in den EU-Wirtschaftsraum zogen sich bis ins Jahr 2013.

Janukowytsch wollte beides, doch die EU-Kommission setzte ihm die Pistole auf die Brust: Entweder EU-Binnenmarkt oder eurasische Zollunion zusammen mit Russland. Die EU-Kommission ging in ihrer maßlosen Selbstüberschätzung davon aus, dass Janukowytsch das Angebot für die West-Integration in Form ihres EU-Assoziierungsabkommens schon annehmen würde, obwohl es für die ukrainische Wirtschaft katastrophale Folgen haben würde. Die EU-Kommission täuschte sich.

Putin macht den Stich im Machtpoker.

Putin versuchte vergeblich, mit der EU einen Kompromiss zu schließen, in dem er die Neutralität der Ukraine als Lösung vorschlug. Dabei stieß er bei der EU-Kommission jedoch auf taube Ohren. So gelang es Putin letztlich, die EU mit einem Alternativangebot auszustechen, und Präsident Janukowytsch weigerte sich daraufhin Ende 2013, das EU-Assoziierungsabkommen zu ratifizieren.

Der Westen sieht rot.

Bei der EU und in den USA schrillten daraufhin sämtliche Alarmglocken. Die von Deutschland dominierte EU hat dabei versagt, die Ukraine in das westliche Machtgefüge zu holen und so dem russischen Einfluss zu entziehen.

> **Das war der Startschuss für die vom Westen finanzierten Agenten in der Ukraine, Janukowytsch und seine Regierung wegzuputschen und durch eine Marionetten-Regierung ersetzen zu lassen.**

Euromaidan - Putsch 2014.

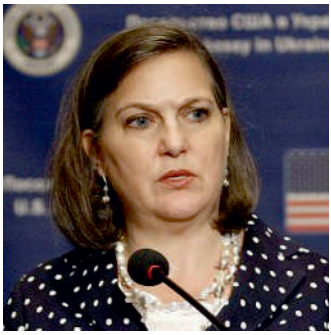
Zur Vorgeschichte.

Mit der Nichtunterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens begannen Ende 2013, wie schon 2004, die vom Westen gesteuerten Proteste gegen die ukrainische Regierung unter Präsident Janukowytsch.

Hauptsächlich auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, dem Maidan. Vom Westen finanzierte NGOs und antirussische Oppositionsgruppen kaperten die Maidan-Proteste und stürzten letztlich die ukrainische Regierung. Das war schon der zweite vom Westen orchestrierte Regime Change.

Der zweite Putsch gegen den denselben Mann.

Bei der Wahl ihrer Bündnispartner sind die Russlandfeinde und ihre ausländischen Anstifter nicht gerade wählerisch. Die angeblich so sehr auf Menschenrechte bedachte „Demokratiebewegung“ paktierte auch mit Neonazis wie der Swoboda-Bewegung. Mit Beginn der Proteste in der Ukraine 2013 bildete die Swoboda gemeinsam mit der UDAR von Vitali Klitschko und der Allukrainischen Vereinigung "Vaterland" ein oppositionelles Dreierbündnis. Hierbei sei angemerkt, dass die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung maßgeblich am Aufbau von Klitschkos UDAR-Partei beteiligt war und Klitschko nach dem Putsch ins Präsidentschaftsamt gehievt werden sollte.


Victoria Nuland

> *„Wir haben 5 Milliarden US-Dollar investiert, um der Ukraine zu helfen, Wohlstand, Sicherheit und Demokratie zu garantieren.“*

Im Klartext: Die USA haben seit 1991 fünf Mrd. US-Dollar investiert, um sich der Einfluss auf die ukrainische Politik zu sichern. Auf Wohlstand, Sicherheit und Demokratie warten die Ukrainer bis heute.

Nach dem Regierungsumsturz setzte die neue Putsch-Regierung das EU-Assoziierungsabkommen zwar schleunigst um, doch von nun an hatten die USA das Sagen in der Ukraine. Das war für Putin und in abgeschwächter Form auch für die EU eine schwere Niederlage. Nach dem Putsch setzten die USA ausschließlich ihre Marionetten in die Putsch-Regierung ein – Klitschkos UDAR-Partei ging gänzlich leer aus.

Regierungsumsturz mündet in Bürgerkrieg.

Nachdem die prowestliche Regierung die Macht in der Ukraine übernommen hat, kam es unmittelbar im Anschluss in der Ostukraine zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen zwischen den ethnischen Russen und ukrainischen Kampfeinheiten.

Teilweise kam es sogar zu Pogromen gegen die russische Bevölkerung durch Neonazi-Banden wie in Odessa im Februar 2014, wo sich prorussische Gegendemonstranten auf der Flucht vor den Putschisten in einem Gewerkschaftshaus versteckten, das daraufhin angezündet wurde. Die neue Putsch-Regierung nahm keine nennenswerten Ermittlungen auf und bis heute wurde niemand für den Mord an über 40 Menschen zur Rechenschaft gezogen.

Massaker der ukrainischen Faschisten am 02.05.2014, Gewerkschaftshaus Odessa

Angesichts dieser zum Himmel schreienden Vorgänge war es nicht verwunderlich, dass die russisch-sprachige bevölkerte Ostukraine mit den Putsch-Vorgängen unzufrieden war. Die separatistischen Volksrepubliken Lugansk und Donezk im Donbass führten Parlamentswahlen durch und erließen Gesetze zur Selbstverwaltung.

In einem Referendum auf der Krim stimmten über 90 Prozent für den Anschluss an Russland. Seit 2014 befindet sich die Ukraine de facto im Bürgerkrieg.

Kiews Krieg gegen Donbass.

Seitdem die USA 2014 in der Ukraine das Kommando übernommen haben, wurden US-Militärberater in die Ukraine entsandt und Kriegsgerät geliefert. Die ukrainischen Streitkräfte sollten so schnell wie möglich auf NATO-Standards gebracht werden.

Gleichzeitig begann Kiew den Kampf gegen die Bevölkerung im Donbass.

Am 15. November 2014 wurde von Kiew angeordnet, sämtliche staatlichen Leistungen wie Rentenzahlungen in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten einzustellen. Innerhalb einer Woche konnten Schulen, Krankenhäuser und Rettungsdienste nicht mehr versorgt werden. Energielieferungen wurden ab Dezember nur noch auf Vorkasse gewährt. Die Geschäftsbanken im Donbass wurden sanktioniert. Des Weiteren wurde die russische Sprache an Schulen verboten.

Sozialleistungen, aber auch die Lebensmittelversorgung werden seitdem von Russland bereitgestellt.

Ist es daher verwunderlich, wenn die Mehrheit der Menschen in der Ostukraine nichts mehr mit dem Ukrainischen Staat zu tun haben wollen?

Ab 2015 bereitete sich Kiew darauf vor, den Konflikt mit den Volksrepubliken militärisch zu lösen. Die Rückeroberungspläne sahen auch die Krim vor. Auf Kiewer Seite kämpften im Bürgerkrieg bereits amerikanische Söldner.

Die separatistischen Donbass-Republiken wurden jahrelang von ukrainischer Seite aus bombardiert. Schätzungsweise 14.000 Menschen sollen bei den Bombenangriffen umgekommen sein.

Um den ukrainischen Bürgerkrieg zu befrieden, wurde 2015 zwischen Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland das Minsker-Abkommen ausgehandelt und unterzeichnet. Ziel dieses Waffenstillstandsabkommens war es, die ethnischen Konflikte in der Ukraine zu befrieden, in dem den separatistischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk Autonomie zugesprochen wurde. Das konterkarierte jedoch die US-amerikanische Eskalationspolitik und so wurde der ausgehandelte Waffenstillstand bereits drei Tage nach Inkrafttreten gebrochen.

Die Schiefergasvorkommen und große Agrarflächen haben sich die westlichen Konzerne bereits unter den Nagel gerissen.

Eskalationsspirale führt zum Krieg.

Februar 2019

Das ukrainische Parlament schreibt das Ziel des EU- und NATO-Beitritts in die ukrainische Verfassung.

März 2021

Präsident Selenskj unterzeichnet das Dekret Nr. 117/2021 mit dem Titel „Zur Strategie der Rückeroberung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“. Dies stellt eine verdeckte Kriegserklärung der Ukraine an Russland dar. Zu diesem Zeitpunkt war die Krim bereits meh rere Jahre wieder ein Teil Russlands.

Oktober 2021

Im Oktober 2021 ließ Selenskyi erstmals Drohnen angriffe auf die Donbassgebiete in der Ostukraine durchführen.

Februar 2022

Die Ukraine weigert sich auf Druck der USA, das Minsker-Abkommen umzusetzen. Seit dem 18.02.2022 hat der Beschuss des Donbass um das 40-fache zugenommen. Die Volksrepubliken im Donbass Donezk und Luhansk bitten Russland um militärischen Beistand. Russland erkannte beide Republiken an und sicherte Beistand zu.

Kampf um westliche Werte?

Können in der Ukraine westliche Werte verteidigt werden?

Deutschland argumentiert, die westlichen Werte und natürlich die Demokratie in der Ukraine verteidigen zu müssen. Schließlich werde dort entschieden, in welcher Welt wir Europäer zukünftig leben werden. Mit dieser Argumentation hat Deutschland als kriegsführende Nation 1999 in den Jugoslawien-Konflikt eingegriffen, wenig später kam Afghanistan hinzu und heute sollen Mali und die Ukraine herhalten.

Können in der Ukraine westliche Werte überhaupt verteidigt werden? Ich sage Nein, denn es können nur dort westliche Werte verteidigt werden, wo sie bereits existieren. In der Ukraine existieren aber keine westlichen Werte und keine westliche Demokratie. Anhand einiger Fakten mache ich darauf aufmerksam, dass die Ukraine weit von westlichen Werten, Normen und Standards entfernt ist.

KORRUPTION

Selenskyj und sein Förderer, der ukrainische Oligarch Kolomojskyj, sind in kriminelle Offshore-Geschäfte verwickelt, wie die Enthüllungen um die Pandora-Papers eindeutig belegen.

OPPOSITION VERBOTEN

Selenskyj ließ per Dekret Nr. 153/2022 elf prorussische Oppositionsparteien verbieten, darunter auch die größte Oppositionspartei „Oppositionsplattform für das Leben“,die in der Ostukraine Wahlergebnisse von bis zu 50 % der Stimmen erzielte.

STAATLICHE ZENSUR

Selenskyj ließ alle ukrainischen Fernsehsender zusammenlegen. Prorussische Fernsehsender ließ Selenskyi bereits im Februar per Dekret verbieten. Die abgeschalteten Sender waren auch Sprachrohr der Oppositionsparteien in der Ukraine.

VERLETZUNG VON MINDERHEITEN-RECHTEN

Seit dem Euromaidan-Putsch 2014 wurde die russische Sprache in der Ukraine immer weiter zurückgedrängt. Seit Januar 2022 dürfen überregionale Zeitungen und Zeitschriften nur noch in ukrainischer Sprache erscheinen.

st das wirklich Putins Krieg?

Diese Frage kann sich jeder Leser anhand der Fakten selbst beantworten:

Die Ukraine ist ein Land im Bürgerkrieg, dessen korrupte Regierung unter US-Kontrolle steht, dessen Medien gleichgeschaltet sind und in der die Opposition verboten ist.

Die USA sind die tatsächlichen Strippenzieher und führen im Hintergrund auf dem Rücken der Ukrainer einen militärischen Stellvertreterkrieg gegen Russland.

Die US-Zeitschrift „The American Conservative“ brachte es mit folgenden Worten auf den Punkt: „Die USA werden Russland bis zum letzten Ukrainer bekämpfen“.

Anfang 2022 ließen die USA NATO-Truppen an der ukrainisch-russischen Grenze auffahren wie noch nie zuvor in der Geschichte. Die Russen mussten befürchten, dass die Ukrainer die Krim einnehmen wollen. Aus Sicht Russlands war der Einmarsch somit ein Präventivkrieg.

Die USA tragen nicht nur die Verantwortung für den jetzigen Krieg, sondern auch für den ukrainischen Bürgerkrieg, den es ohne die permanente Einmischung der USA so nie gegeben hätte.

Gleichzeitig führen die USA einen Wirtschaftskrieg gegen die EU, insbesondere gegen Deutschland. Für sie geht es nur darum, die EU und Deutschland von US-Energielieferungen abhängig zu machen und einen Spaltkeil zwischen die EU und Russland zu treiben, um die Konkurrenz für sich als Wirtschaftsmacht auszuschalten.

Russland fordert im Wesentlichen, dass an seinen Grenzen Pufferzonen aufrechterhalten werden. Warum kann der Westen es nicht akzeptieren, dass auch Russland berechtigte Sicherheitsinteressen hat?

Russland sieht sich selbst als bedrohten Staat und verlangt deshalb Sicherheitsgarantien des Westens. Objektiv gesehen ist Russland durchaus ein bedrohter Staat.

Russland ist das größte Land der Welt mit gigantischen Rohstoffvorkommen, hat aber eine relativ kleine und schrumpfende Bevölkerung mit unterschiedlichen Volkszugehörigkeiten.

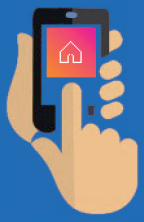
Hier stehen Ihre Notizen.

Meine social-media Profile. So erreichen Sie mich.

http://www.facebook.com/RobertFarle22
http://www.facebook.com/farle.msh

www.youtube.com
Robert Farle

http://www.twitter.com/robert_farle



http://www.robert-farle.de

robert.farle@bundestag.de

030 2277 5569

Mehr Sicherheit in Europa - gemeinsam mit Russland!

Auszüge aus dem AfD-Parteiprogramm

Im Parteiprogramm heißt es auf Seite 31, Zitat:

Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die NATO von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir setzen uns dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen.

Weiter heißt es auf Seite 64, Zitat:

Die AfD tritt dafür ein, das Einsatzgebiet der NATO auf das Gebiet der Bündnisstaaten zu begrenzen. (…) Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa.

„Die Gretchenfrage ist die Stellung zu Russland. Die USA führen einen Stellvertreterkrieg gegen Russland. Deutschland soll amerikanische Rohstoffe teuer einkaufen.“

Robert Farle

Sangerhausen, Oktober 2022

V.i.S.d.P. Robert Farle, MdB, 06526 Sangerhausen, Friedrich Schmidt Straße 2
Bilder: Pixabay, eigene, freie

FARLE
Mansfeld-Südharz

Wahlkreisbüro Sangerhausen
Friedrich-Schmidt-Straße 2
Tel. 03464 5695 990
robert.farle-sangerhausen@t-online.de
www.robert-farle.de